

2658/J XX.GP

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschöber, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend Berggesetz - willkürlicher Schotterabbau in Oberösterreich  
Seit 1990 ist in Österreich ein mittlerweile völlig antiquiertes Berggesetz gültig, das zur beinahe völligen Entmündigung von Anrainern und betroffenen Gemeinden bei Schotterabbauprojekten führt. Vielfach wurde seitens des Wirtschaftsministeriums in diesen 7 Jahren eine Novellierung des Berggesetzes mit einer umfassenden Demokratisierung und effizienten Parteistellungsrechten versprochen. Bis zum heutigen Tag ist diese Reform ausgeblieben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Existieren konkrete Planungen seitens des Wirtschaftsministeriums eine Reform des Berggesetzes vorzulegen? Wenn ja, in welchen konkreten Details und in welchem Zeitraum?
2. Plant das Wirtschaftsministerium die Schaffung einer echten Parteistellung für Gemeinden? Wenn ja, zu welchen konkreten Zeitpunkt? Wenn nein, warum nicht?
3. Plant das Wirtschaftsministerium eine Angleichung der Parteistellungsrechte betroffener Bürger an die herkömmlichen Umweltverfahren? Wenn ja, zu welchem konkreten Zeitpunkt? Wenn nein, warum nicht?
4. Welche konkreten Schotterabbauprojekte wurden in Oberösterreich seit der Novellierung des Berggesetzes 1990 genehmigt, um welche Gesamtfläche und um welche Gesamtmenge von Schotter und Kies handelt es sich dabei?

5. Wie hoch ist der jährliche Schotter- bzw. Kiesverbrauch in Oberösterreich derzeit?
6. Welche Informationen liegen dem Wirtschaftsminister über die Vorbereitungen eines Kiesleitplanes durch das Land Oberösterreich vor?